

Rede des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident
Dieter Althaus MdL
anlässlich des 22. Landesparteitags der CDU Thüringen
am 16. Juni 2007 in Saalfeld

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, lieber Ronald Pofalla,
liebes Präsidium,
lieber Gerhard Günther,
sehr geehrter Herr Kreisvorsitzender, lieber Jochen Tscharnke,
meine lieben Delegierten,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

bei wunderbarem Wetter, in einer historischen Stadt, so wie es der Bürgermeister Graul eben noch einmal deutlich gemacht hat, inmitten einer wunderschönen Landschaft, sind wir gemeinsam zu diesem 22. Landesparteitag nach Saalfeld gekommen. Spannende Diskussionen um unsere politischen Inhalte stehen auf der Tagesordnung. Inhalte, die nicht nur die aktuelle Politik betreffen, sondern auch Grundsätzliches festschreiben wollen. Die CDU Thüringen will die Grundsatzprogrammdebatte abschließen, ein Grundsatzprogramm beschließen und damit zum ersten Mal in der Geschichte der CDU Thüringen als Thüringenpartei deutlich machen: „Was uns verbindet.“, auf welchen Fundamenten wir Politik machen, und wie wir damit auch Alltagsfragen, die uns tagtäglich begegnen, eine klare grundlegende Orientierung geben.

Ich bin Mike Mohring und dem ganzen Team sehr dankbar, dass sie ein exzellentes Programm erarbeitet haben, dass Sie sich in fünf Regionalkonferenzen aktiv beteiligt haben. Ich freue mich, dass auch andere Veranstaltungen wie die Romreise und die Veranstaltung, die von der Fraktion organisiert worden ist, eine intensive Debatte mit sich gebracht haben, und ich bin allen sehr dankbar, dass sie sich beteiligt haben. Im Detail wird Mike Mohring noch einmal auf die Inhalte unseres Grundsatzprogrammes eingehen.

Die Frage ist natürlich erlaubt, ist ein Grundsatzprogramm so bedeutsam, in einer Zeit, wo wichtige Alltagsfragen zu entscheiden sind? Aber mit dem Blick nach Berlin zu unserer Bundespartei wird deutlich, genau in so einer Zeit ist es wichtig, die Grundsatzprogrammatische zu diskutieren. Wer die Geschichte der CDU Deutschlands verfolgt, der kann nachvollziehen, dass sie als einzige Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder die Grundsatzprogrammatische als Ausgangspunkt für die alltagspolitischen Entscheidungen weiterentwickelt hat. Ich bin Ronald Pofalla als Generalsekretär sehr dankbar, dass er als Vorsitzender der Programmkommission, bei der Thüringen aktiv mitgearbeitet hat, ein exzellentes Programm erarbeitet hat. Ich bin ihm auch dankbar, dass er heute hier ist, um das Programm vorzustellen, mit uns zu diskutieren, damit wir dann im Herbst diesen Jahres auf dem Bundesparteitag dieses Programm diskutieren und verabschieden können. Herzlichen Dank, dass Du heute hier bist.

Unsere Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel macht einen ausgezeichneten Job. Die Bundesregierung unter ihrer Führung hat es geschafft, dass eine Trendwende bei der wirtschaftlichen Entwicklung eingeleitet werden konnte und dass Deutschland im europäischen und im internationalen Kontext die klare Aufgabe übernimmt, für eine gute Zukunft zu sorgen. Gerade der G8-Gipfel, gerade die Diskussion um die Weiterentwicklung Europas, und die Frage wie der Verfassungsvertrag wieder in dieser oder ähnlichen Form auf den Weg kommen kann, aber auch die Frage wie Deutschland nicht nur konjunkturell vorankommt, sondern auch gleichzeitig strukturell die Weichen auf Zukunft stellt, werden von Angela Merkel exzellent beantwortet. Ich möchte ihr von hier aus herzlich danken, dass sie als unsere Bundesvorsitzende und als unsere Bundeskanzlerin Deutschland auf einen guten Weg gebracht hat. Wir können in Thüringen

diesen Rückenwind für unsere politischen Entscheidungen sehr gut gebrauchen.

Und wenn wir als Partei, als CDU Thüringen, als die Thüringenpartei, die seit 1990 in der Verantwortung steht, uns heute um die Grundsatzfragen stärker bemühen, dann deshalb, weil wir wissen, dass in einer globalisierten Welt, die Politik komplizierte Fragen zu beantworten hat. Dass Orientierung wichtig ist. Diese Orientierung wollen wir heute mit Ihnen gemeinsam im Grundsatzprogramm beschließen, damit aus dieser Orientierung heraus unser Selbstverständnis definiert wird. Aber gleichzeitig auch bei politischen Alltagsentscheidungen in der Familienpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Sozialpolitik, in der Gestaltung unseres Landes diese Orientierung einfließt, damit wir unseren Mitgliedern, und auch den Bürgerinnen und Bürgern Land erklären können, warum wir bestimmte Fragen in dieser oder in einer anderen Form besprechen und auch beschließen.

Grundsatzfragen sind also nicht nur für einen internen Kreis wichtig, sondern sie entscheiden darüber, ob es uns gelingt, unsere Politik ausreichend genug zu begründen und zu erklären. Deshalb lassen Sie mich auf die Punkte eingehen, die für uns im Blick auf die Zeit nach 2004 besonders wichtig waren. Unser Wahlprogramm, Sie erinnern sich, hat genau die Linie für diese Legislaturperiode vorgelegt und meine Regierungserklärung im September 2004 hat dann die entscheidenden Handlungspunkte aufgeführt. Und ich will es heute sehr deutlich sagen, wer sich unser Programm anschaut und wer sich diese Regierungserklärung anschaut, der kann genau nachvollziehen, was wir uns vorgenommen haben, aber der kann auch sehr genau nachvollziehen, was wir bisher entschieden haben.

Ich bin meinem Kabinett und ganz besonders der Fraktion sehr dankbar, dass wir die wesentlichsten Schritte in dieser Legislaturperiode erfolgreich

gemeinsam gehen konnten – bei der Behördenstrukturreform, dem Stellenabbau, der Familienoffensive, bei der Neuordnung der Wirtschaft und Technologieförderung und in vielen anderen Bereichen.

Und deshalb liebe Freunde, wir haben viel vorzuweisen, und wir können stolz darauf blicken, was wir in diesem Land gestaltet haben!

Wichtige Schritte stehen vor uns. Diese werden nicht einfach zu gehen sein. Wir werden noch vor der Sommerpause zum ersten Mal in den Jahren seit 1990 einen Doppelhaushalt einbringen. Wir werden unsere Neuregelung des Finanzausgleiches einbringen, und wir werden ein ganzes Gesetzespaket einbringen, mit dem wir die Behördenstrukturreform abschließen und die Kommunalisierung umsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist unser Auftrag. Wir sind nicht die, die Politik begleiten, sondern die, die Politik gestalten. Und wir müssen deshalb mit dem Doppelhaushalt eine ganz wichtige Frage beantworten: Sind wir in der Lage in konjunkturell positiven Zeiten unsere Gestaltungsaufgabe wahrzunehmen, aber gleichzeitig auch dafür Sorge zu tragen, dass wir unseren Haushalt konsolidieren? Wenn wir zum ersten Mal im nächsten und im übernächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, dann ist das ein Erfolg der Unionspolitik in Thüringen. Ich danke Birgit Diezel und danke allen, die daran kräftig mitgearbeitet haben.

Manche der Weichenstellungen in den letzten Jahren waren nicht einfach. Ich erinnere daran, wie viele Gesetze wir novelliert haben, um Standards abzusenken. Ich erinnere daran, dass wir Behördenstandorte geschlossen haben, um zu konzentrieren und damit effizient Gewinne zu erzielen und gleichzeitig die Effizienz der Verwaltung zu stärken. Ich erinnere daran, dass

wir über die Familienoffensive, sowohl ein kind- und familiengerechtes und damit zukunftsfähiges Kindertagesstättenwesen gestärkt haben und gleichzeitig dafür Sorge getragen haben, dass Familienpolitik auch zukünftig noch besser, noch stärker aus unserer Verantwortung heraus gestaltet werden kann. Und genau das haben wir auch in dieser Woche abschließend in einer Klausur noch einmal besprochen, und wir werden in der übernächsten Woche all diese Gesetespakete verabschieden und damit im Landtag und auch der Öffentlichkeit einen langen Zeitraum zur intensiven Beratung geben. Und wir haben ein Gesetz auf den Weg gebracht, das ursprünglich einmal anders in der Novelle vorbereitet war: Die Neuregelung des Finanzausgleiches, der Bürgermeister Graul hat es schon angesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer die Regierungserklärung nachliest, kann feststellen, ursprünglich hatten wir eine andere Richtung vor. Aber durch das Verfassungsgerichtsurteil waren wir zum Handeln verpflichtet.

Wir gehen mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs einen Schritt, der so noch nie in Deutschland gegangen wurde. Wir mussten dafür, und ich bin dem Innenminister und seinem Team sehr dankbar, dass er mit den Kommunen dies geleistet hat, eine ganz umfassende Aufgabenerhebung vornehmen. Über 1,8 Millionen Daten mussten ausgewertet werden, weil zukünftig die Höhe der Finanzausstattung der Kommunen sich nicht mehr prozentual an den Einnahmen des Landes bemessen darf, sondern an den konkreten Bedarfen der Kommune. Das heißt, Landkreise und Gemeinden werden zukünftig eine Mindestausstattung bekommen, die nicht mehr davon bestimmt ist, wie stark nun die Finanzquellen des Landes sprudeln oder auch nicht, sondern wie konkret die finanzielle Leistungskraft und die Aufgabenlast der Kommunen gewertet wird. Und deshalb bitte ich bei aller Debatte, die wir führen, zuerst einmal genau das Urteil zu lesen oder

zumindest die Aussagen des Urteils nachzuvollziehen, dieser wichtige Systemwechsel wird - und da sind wir ganz sicher - in der Zukunft den Kommunen einen großen Vorteil bringen. Denn, wenn das Land in den nächsten Jahren ganz eindeutig weniger Ausgaben leisten wird, weil weniger Einnahmen zur Verfügung stehen, weil der Solidarpakt zurückgeht, die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen, dann ist diese Mindestausstattung einschließlich der Schlüsselmasse, etwa vier Fünftel des gesamten kommunalen Finanzausgleiches festgelegt. Und deshalb bitte ich, dass wir miteinander in den nächsten Wochen den Dialog weiterführen, auch noch an der einen oder anderen Stelle offen sind für Veränderungen, aber, dass wir fair miteinander umgehen und dass wir in der Wortwahl so miteinander umgehen, dass wir auch übermorgen noch miteinander sprechen. Fairness und vernünftige Auseinandersetzung gehören zusammen.

Es gehört zur Wahrheit, dass wir über vier Jahre lang bei Steuermindereinnahmen nicht ein einziges Mal die Kommunen belastet haben. Jedes Jahr haben wir im Kabinett und in der Fraktion entschieden 2002, 2003, 2004, 2005 und auch 2006, dass wir die Mindereinnahmen von über 2 Milliarden Euro ganz alleine im Land tragen, durch Kürzungen, durch Veränderungen im Landeshaushalt. Und dann müssen wir auch sagen, dass Thüringen unter den jungen Ländern und in ganz Deutschland eine der höchsten Pro-Kopf-Zuweisung in der Kommunalen Finanzausstattung hat. Die Kommunen haben die Mittel auch gut eingesetzt, deshalb stehen Städte wie Saalfeld, Landkreise wie Saalfeld-Rudolstadt so wunderbar da. Das ist gemeinsame Arbeit, die wir erfolgreich geleistet haben. Die könnt Ihr ruhig würdigen und die brauchen wir nicht durch eine falsche öffentliche Debatte ad absurdum zu führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das Thema Kommunalisierung werden wir gemeinsam gut beenden. Wir dürfen nicht nur sonntags über Deregulierungen und Entbürokratisierung reden, sondern, wir müssen es montags umsetzen. Und das, was in anderen Ländern geht, geht auch in Thüringen.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird zwei wichtige Ziele damit auch erreichbar machen. Erstens: Die Betroffenheitsebene wird an den Stellen, wo das möglich ist, auch die Entscheidungsebene. Es wird dann möglich für Kommunen, näher am Problem zu entscheiden. Und die zweite Aufgabe: Wir werden damit mittel- und langfristig mehr Effizienz gewinnen. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so etwas macht, muss kraftvoll entscheiden. Glaubt denn einer, dass in der Verwaltung aktiv gewollt wird, dass die Aufgaben auf andere Ebenen überlagert werden? Es ist doch immer so, dass Politik, wenn sie inhaltlich davon überzeugt ist, den Weg zu gehen, diesen Weg auch gehen muss. Das ist Übrigens auch unsere Aufgabe, dafür sind wir gewählt, und wir werden diese Aufgabe auch kraftvoll wahrnehmen. Davon können Sie ausgehen.

Und gleichzeitig haben wir in den letzten Tagen und Wochen sehr viele weitere Punkte besprochen. Wir haben ein Programm vorbereitet „Exzellentes Thüringen“ mit etwa 2,8 Milliarden Euro in vier Jahren, mit dem wir Hochschule, Forschung, Technologie noch stärker unterstützen, weil da die Quellen für unser Wachstum entspringen. Sie alle wissen, dass wir als mittelstandsgeprägtes Land hervorragend aufgestellt sind, aber Sie wissen auch, dass dieser Mittelstand wachsen muss. 98,9 Prozent unseres Mittelstandes hat unter 250 Beschäftigte. Das heißt, wir müssen in den nächsten Jahren diesen Mittelstand stärken. Und das können wir am besten, wenn wir über Hochschule, über Forschung, über Technologie und die

Verbindung zum Mittelstand junge Menschen in unserem Land halten bzw. zurückholen. Das ist ein gutes Programm für die Zukunft Thüringens.

Und wir haben einen zweiten Punkt besprochen und erneut verstärkt. Die Fraktion, Christine Lieberknecht fordert schon lange, dass wir uns bei Kunst und Kultur auf einen festen Satz verständigen - 1,3 Prozent. Diesen erreichen wir mit dem vorgelegten Doppelhaushalt. Und wir erreichen ihn sowohl durch die klassische Förderung, das heißt die Stärkung und die Qualifizierung unserer Theater, Orchester nach 2009 ist damit gesichert, aber gleichzeitig auch indem wir in der Breite die Schwerpunkte weiter setzen können: Bauhausjahr 2009, die Bachforen als besonderes Ereignis Thüringens oder auch die Stiftung Weimarer Klassik oder aber auch die vielfältige Breitenkultur, die wir überall erleben, zum Beispiel jetzt in Saalfeld oder im Landkreis. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, unser kulturelles Profil wird durch die exzellente Qualität mit Theatern und Orchestern ganz genauso geprägt wie durch die breite kulturelle Ausgestaltung in unseren Dörfern, in unseren Städten und in unseren Landkreisen. Und deshalb wird mit dem Doppelhaushalt erneut bewiesen, wir stehen auf beiden Beinen auf der Spitzenkultur und auf der Breitenkultur und das war und das bleibt auch unser Unionsprofil in Thüringen.

Und ich will einmal hier herzlich danken, dass viele geholfen haben, dass wir den Weg so gehen können. Landkreis Schmalkalden-Meiningen, Michael Heym. Landkreis im Wartburgkreis, Kreisvorsitzender Stefan Baldus. Die Stadt Meiningen. Der Kreisverband Eisenach, Kreisvorsitzender Christian Köckert. Das, was jetzt entschieden worden ist im Westen unseres Landes, zwischen Eisenach und Meiningen bringt nicht eine Schwächung, sondern bringt mittel- und langfristig eine Stärkung, weil es nicht nur darum geht Quantitäten zu erhalten, sondern Qualität zu fördern. Und genau das ist auch

die Auffassung von Jens Goebel von der Landesregierung und auch von der CDU-Landtagsfraktion. Deshalb bin ich dankbar, dass hier wie auch in Saalfeld-Rudolstadt und auch in Nordhausen gute Entscheidungen gefällt worden sind, und ich bin ganz sicher, wir werden auch in Weimar und Erfurt in den nächsten Tagen zu guten Entscheidungen kommen. Denn uns ist wichtig, dass die Ausstrahlung dieser besonderen kulturellen Einrichtungen erhalten bleibt, aber, das sage ich noch einmal, uns ist es genauso wichtig, dass auch die Ausstrahlung unserer Breitenkultur erhalten bleibt, weil beides für die Identifikation und die Identität unseres Landes von Bedeutung ist.

Oder das Thema „Innere Sicherheit“. Wir konnten es ja gerade wieder beim G8-Gipfel erleben. Wie Polizistinnen und Polizisten, auch aus Thüringen, dort für Sicherheit sorgen. Deshalb will ich auch von hier herzlich danken, dass unsere Polizistinnen und Polizisten in Thüringen, nicht nur hier im Land, sondern auch darüber hinaus eine vorzügliche Arbeit leisten und manchmal auch ihre eigene Gesundheit gefährden. Deshalb müssen sie unterstützt werden, und sie müssen gefördert werden, und sie müssen dafür Sorge tragen, dass dieses Profil innerer Sicherheit in Thüringen mit exzellenter Aufklärungsquote auch in Zukunft erhalten bleibt, weil das zusammengehört Sicherheit und Freiheit. Und deshalb werden wir weiter für innere Sicherheit sorgen.

Da ist Karl-Heinz Gasser genauso überzeugt davon wie Wolfgang Fiedler und die Innenpolitiker, dass wir eine vernünftige Strukturentwicklung weiter betreiben müssen, und dass wir gleichzeitig dafür sorgen müssen, dass innerhalb der Polizei der weitere Um- und Ausbau gelingt. Deshalb haben wir uns festgelegt in den nächsten Jahren, in jedem Jahr 120 junge Polizistinnen und Polizisten einzustellen. Wir haben auch wieder das innere Sicherheitsprogramm der CDU-Landtagsfraktion vom Jahr 2001 erneuert und

aufgelegt. Damit werden Stellenhebungen verbunden sein, weil es auch für die innere Struktur der Polizei ganz wichtig ist. Wir bleiben die Partei der Freiheit, aber wir bleiben auch die Partei der Sicherheit. Wir stehen zu unserer Polizei, weil wir wissen, dass das für Sicherheit ganz entscheidend ist. Rechtssystem und Sicherheitssystem müssen gut miteinander harmonieren, das ist die Voraussetzung, um erfolgreich und dauerhaft Demokratie zugestalten und Freiheit zu erhalten.

Und wir werden auch wieder verstärkt positive Signale für Investitionen setzen: Wohnbauprogramm, Landesstraßenbau oder auch so spezielle wichtige Einrichtungen wie die Jugendstrafvollzugsanstalt, die nicht nur eine Investition darstellt, sondern auch ein Thema für die innere Sicherheit und die Verfasstheit unseres Landes ist.

Wir haben auch beim Thema Familie erneut Entscheidungen getroffen: Die Fortsetzung unserer Familienoffensive, dass wir im nächsten Jahr die 16 Millionen Euro in die Stiftung geben, damit sie dann voll ausgestattet über den Ertrag von 34 Millionen Euro verfügen kann.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch beim Thema Familiendarlehen – Mike Mohring hat das vorgestellt – weitergehen, weil wir wissen, Familienpolitik ist Zukunftspolitik. Und wenn Höffner in seinem Buch „Christliche Gesellschaftslehre“ die Ehe und die Familie an den Anfang der Gesellschaft gesetzt hat, dann galt das nicht nur in den 50er und 60er Jahren, sondern das gilt auch heute. Und die CDU Deutschland, die CDU Thüringen bleibt Familienpartei, weil damit die Mitte der Gesellschaft und die Zukunft der Gesellschaft gewährleistet bleibt.

Wir haben auch scheinbar kleine, aber wichtige Entscheidungen gefällt: Wir erhalten die Jugendpauschale, weil wir wissen, dass gerade die vielfältige Jugendarbeit eine wichtige kommunale Aufgabe ist, die vom Land gestärkt

unterstützt werden muss. Denn die Freien Träger, die Angebote, die sich entwickelt haben, leisten eine gute Arbeit und die jungen Leute brauchen Stätten der Orientierung. Junge Leute sind nicht von Anfang an rechtsradikal oder linksradikal. Sie werden es, wenn sie den Rattenfängern überlassen werden, und deshalb bleiben wir in der Jugendpolitik aktiv, damit die Rattenfänger – übrigens rechtsradikal wie linksradikal – keine Chance in Thüringen haben.

Auch schwierige Themen sind anzufassen. Ich lese in den letzten Tagen, die Umwelt steht in Gefahr. Meine liebe Freunde, was in anderen Ländern geht, geht auch in Thüringen. Und wenn von Umweltgefahren gesprochen wird, dann erinnere ich mich an das Jahr 1989 als die Flüsse gestunken haben, die Städte grau und trist waren und die Wälder keine gute Zukunft hatten. Das es unserer Umwelt heute deutlich besser geht, ist auch der Erfolg der Union. Denn wir haben als christliche Partei die Schöpfung immer als wertvoll betrachtet, aber wir sehen sie nicht nur als zu schützende Umwelt, sondern wir sehen sie auch als zu gestaltende Umwelt für Landwirte, für Forstwirte und für uns alle, weil Menschen mit der Natur leben.

Und wir haben auch ein ganz schwieriges Thema, das wir noch gemeinsam zu lösen haben, Straßenausbaubeiträge. Dieses Thema, Insider wissen, das ist kein Thema, das wir uns selbst auf die Tagesordnung gesetzt haben, sondern das Oberverwaltungs-gerichtsurteil, das durch die Gemeinde Benshausen angestrengt worden ist, hat eine klare Vorgabe gegeben. Und nun ist das Innenministerium, ist Peter Stephan als Chef des Landesverwaltungsamtes mit einem ganzen Stab seit langer Zeit daran, Lösungen zu entwickeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dieser langfristigen Arbeit, den regelmäßigen Sitzungen und intensiven Gesprächen vor Ort ist es für mich eindeutig: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass nicht erneut die PDS ein

Thema gegen die Menschen und die Kommunalpolitik instrumentalisiert. Und Sie können davon ausgehen, ich werde dafür Sorge tragen. Deswegen brauchen wir meines Erachtens nach eine modifizierte Stichtagsregelung, die sich genau an diesem Urteil orientiert, damit die Kommunen auch ein Stück eigene Entscheidungskompetenz haben, weil sie ihre Menschen im Blick haben, damit nicht die Kommunalpolitik und die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde aufeinander gehetzt werden, sondern damit sie weiter miteinander gestalten. Deshalb werden wir in den nächsten Wochen und Monaten ein solches Gesetz vorbereiten, vorlegen und ich bin ganz sicher auch mit der Mehrheit der CDU-Landtagsfraktion entscheiden.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles könnte man noch mit vielen Beispielen fortsetzen. Das ist klare politische Kursvorgabe und ist auch klare politische Entscheidung. Und es ist auch unsere Aufgabe, dafür sind wir in Verantwortung. Dafür habe ich auch die Verantwortung als Ministerpräsident.

Ich bin dankbar, dass wir jetzt endlich wieder eine Bundesregierung haben, die geführt wird von einer Bundeskanzlerin, die weiß, wie die Zukunft geschrieben wird, das gibt Rückenwind für uns und das gibt auch Optimismus für die nächsten Jahre. Deshalb bedanke ich mich bei Dir lieber Ronald Pofalla und insgesamt bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und besonders bei Angela Merkel, dass ihr dafür sorgt, dass Rückenwind für die Thüringer Landespolitik organisiert werden konnte.

Und dann lese ich, wo Thüringen denn angeblich stünde. Liebe Freunde, wer auch nur den Ansatz von Lesefertigkeit hat, der kann doch Woche für Woche lesen, dass diese Entscheidungen der letzten Jahre auch Erfolge mit sich bringen. Arbeitslosigkeit 13,2 Prozent, viel zu hoch immer noch, aber ein

Spitzenwert unter den jungen Ländern und es gibt Regionen, die schon unter 10 oder um die 10 Prozent liegen. Oder das Bruttoinlandprodukt 3,1 Prozent, damit deutlich über den Bundesschnitt und Platz 3 in Deutschland. Oder die Exportquote. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres über 15 Prozent gestiegen. Und wenn Sie die Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle vor drei Wochen lesen, dann können Sie feststellen, dass auch die mittelfristige Prognose für die nächsten Jahre Thüringen ganz vorne sieht, ob sich das so einstellt, ist nicht nur eine Frage von Thüringen, sondern auch der Weltkonjunktur und der deutschen Konjunktur, aber wir werden alles dafür tun, z. B. durch den Ausbildungspakt. Und wenn wir in Folge zum dritten Mal in Deutschland ganz vorne stehen mit unserem Ausbildungspakt, dann sollten wir dies immer wieder sagen, weil das ein Ergebnis von guter Arbeit der Wirtschaft, des Mittelstandes, des Handwerks, der Landwirtschaft und aller ist, aber auch guter Arbeit der Landesregierung und des Wirtschaftsministers Jürgen Reinholz. Das muss man sagen, weil das unser Erfolg ist, den wir gemeinsam erarbeitet haben.

Und dass das wieder Beschäftigungsperspektive schafft, die nicht nur im Land wirkt, das sollten wir auch sagen. Neue Ansiedlungen, ich will nur eine nennen, N3 bei Arnstadt. Es ist doch sehr erfreulich, wenn inzwischen von den Eingestellten oder den demnächst einzustellenden zwischen 15 und 20 Prozent so genannte Rückkehrer sind. Da sieht man doch, dass unser Land ein hohes Anziehungspotential hat und attraktiv ist, genau das, was wir wollen. Wenn es keine Perspektiven gibt, gehen die jungen Menschen. Gehen die, die Arbeit suchen. Aber wenn die Perspektive vorhanden ist, dann hat unser Land ein hohes Anziehungsvermögen, einen hohen Anziehungswert und dann kommen sie zurück. Auch das ist ein Beispiel für gute und langfristige Politik.

Auch da könnte ich weiter aufzählen. Die guten Ergebnisse bei Bildung, Ausbildung. Die guten hochschulischen Ergebnisse. Aber ich will noch ein Wort zu der Frage Zentrum oder ländlicher Raum sagen: Dass wir unsere Zentren stärken und stützen, das ist doch selbstverständlich. Die Wissenschaftsstadt Jena 2008 ist nicht auf dem Mist der Stadt gewachsen, sondern auf der gemeinsamen Anstrengung zwischen Land und auch Bund und der Stadt und deshalb können wir auch gemeinsam diesen Erfolg feiern. Ich freue mich für Jena, aber ich würde auch gerne sagen, wir haben als Verantwortliche für Steuermittel sehr dazu beigetragen, dass sich die Stadt so exzellent entwickeln konnte.

Und so könnte man viele andere Zentren nennen, aber wir müssen auch die Fläche sehen und da bin ich sehr bei dem, was auch in unserem Bundesprogramm steht.

Als ich diesen – ja ich muss schon fast sagen – weltfremden Vorschlag von Herrn Tiefensee gehört habe: Jetzt, wo angeblich Wanderungsprobleme existieren, weil uns die jungen intelligenten Frauen im Besonderen aus strukturschwachen Gebieten verlassen, doch durch rollende Bibliotheken diesem Problem Herr zu werden, dann sage ich nur: Bedenke doch, was Du sagst. Diese Regionen, der Kyffhäuserkreis, das Altenburger Land usw., die brauchen starke Strukturentwicklung, damit wir auch dort Wirtschaftspotentiale entwickeln, denn die Menschen halten sich nicht an rollenden Bibliotheken fest, sondern, die wollen Arbeitsplätze und dann gehen sie auch in die Bibliothek.

Und genau das tun wir durch Infrastruktur - A71, um nur ein Beispiel zu nennen oder die Administrationsbemühungen von der LEG, die Unterstützung der TAB. Das hat Erfolge. Und wenn man ein Beispiel für blühende Landschaften und für Veränderungen der Strukturen und neue

Anziehungskraft sehen will, dann lade ich Sie alle ein, dann besuchen Sie die BUGA. Die Bundesgartenschau zeigt, wie blühende Landschaften entstanden sind, in einer der hässlichsten und heruntergewirtschaftetsten Gebiete in ganz Deutschland.

Und dann kommt aber, wenn nichts mehr geht von der Opposition der sozusagen ritualisierte Spruch: Wir wissen aber, was Thüringen braucht – eine Kommunale Gebietsreform.

Liebe Freunde, ich habe das Wahlprogramm noch einmal gelesen, es konnte ja sein, dass ich eine Seite überschlagen hätte. Es steht nicht drin. Wir haben das nie zu den Menschen gesagt, dass wir eine kommunale Gebietsreform wollen. Und ich bleibe auch dabei. Ich habe das auch auf dem letzten Parteitag gesagt. Der Wert dieses Landes muss erhalten bleiben durch regionale Vielfalt. Und die regionale Vielfalt, die kann ich nicht dadurch erhalten, indem ich zentralisiere und anonyme Strukturen bilde, sondern indem ich diese Verantwortung in der Region auch lasse und indem ich kommunale Selbstverwaltung durch ehrenamtliches Engagement stärke, und deswegen sind wir gegen Zentralisierung. Wir wollen effiziente Strukturen, aber auch bürgernahe Strukturen, deswegen bleiben wir die Partei der kommunalen Selbstverwaltung und der Nähe zu den Menschen.

Und der freiwillige Anfang, den wir gewählt haben, der zeigt absolute Erfolge. Natürlich braucht das eine Weile. Aber wir werden von meiner Amtsübernahme bis zum Ende dieses Jahres etwa vierzig Gemeinden weniger haben, fünf Verwaltungsgemeinschaften weniger. Und deswegen werden wir auch im nächsten Jahr noch einmal dieses freiwillige Programm fortsetzen, weil natürlich Weiterentwicklung notwendig ist. Aber wir wollen diese Weiterentwicklung nicht mit dem Zirkel auf dem grünen Tisch organisieren, sondern wir wollen sie mit den Menschen organisieren, weil wir alle fest

kommunal verwurzelt sind und die meisten selbst kommunale Verantwortung tragen. Denn die Mehrheit der kommunalen Vertreter in Thüringen trägt das Parteibuch der CDU und ich danke für das außergewöhnliche Engagement, dass Sie Tag für Tag einbringen für Thüringen und ihre Regionen.

Wir begehen in diesem Jahr das Jahr der „Heiligen Elisabeth“, das wir besonders feiern wollen. Die Veranstaltungen machen sehr deutlich, dass die Heilige Elisabeth nicht nur als historische Person dabei im Mittelpunkt steht, sondern gleichzeitig auch, dass sie mit ihrem Leben, mit dem, was sie getan hat, ein Zeichen gesetzt hat für Mitmenschlichkeit, für Ehrenamtlichkeit, für Hinwendung. Ihre tiefe Religiosität hat sie dabei gestärkt. Ich finde, dass das Jahr der Heiligen Elisabeth gerade der Union eine Chance bietet, unsere Wertüberzeugung einmal aus der Geschichte, aber auch aus dem Ergebnis dieser Geschichte zu begründen. Ich lade ich Sie alle herzlich ein, dass Sie den Thüringen Tag in Eisenach mit feiern vom 6. Juli bis 8. Juli 2007, weil er ganz im Zeichen der Heiligen Elisabeth steht, die uns auch deshalb wichtig ist, weil sie als europäische Heilige einmal mehr deutlich macht, wie stark Thüringen in der Geschichte war und hoffentlich auch in der Zukunft sein wird. Deshalb kommen Sie nach Eisenach, es lohnt sich!

Morgen werden wir den 17. Juni haben. Jeder weiß, 1953 hat zum ersten Mal der SED-Staat massiv seine deutliche und klare Ablehnung gegen jede Form von Freiheitsbestrebungen und Demokratie geäußert. Menschen wurden eingesperrt, standrechtlich erschossen und in vielfältiger Form diszipliniert. Und wenn an einem solchen Tag sich zwei Parteien die Hände reichen, die beide in ihrer Geschichte - im Besonderen die eine - für diese Verbrechen entscheidende Verantwortung tragen, dann kann ich nur sagen, wenn Bisky heute zitiert wird in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung „unsere Partei steht für Gewaltfreien Protest“, er sprach von den großen Demonstrationen im

Revolutionsjahr 1989 und von einer Tradition des friedlichen Prozesses aus dem Osten, der Mann verdreht die Geschichte. Wir wissen, wer diesen Prozess organisiert hat, um Himmelswillen, doch nicht die SED! Es waren die Bürgerrechtler, es waren viele von uns und deshalb darf diese Partei, egal wie oft sie sich noch fusioniert oder umbenennt, niemals in politische Verantwortung kommen, weil sie die Geschichte nicht gelernt hat und deshalb auch nicht für Freiheit und Demokratie Verantwortung tragen darf.

Und zu den zögerlichen Genossen der SPD, kann ich nur sagen: Schaut doch nach Saalfeld. Gerade hier in Saalfeld gab es die berühmte illegale SPD-Gruppe um Paul Kreutzer und dessen Sohn Hermann. Die sozialdemokratische Familie Kreutzer hatte sich schon im Widerstand gegen das NS-Regime engagiert und nach der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD im Mai 1946 eine illegale Parteigruppe auf den Weg gebracht, zu der auch andere gehörten, wie ehemals Kaufmann, Karl Linke, Dorothee Fischer. Und dann auch der des Amtes enthobene Landrat dieses Landkreises, Moritz Luther, des Amtes enthoben durch die SED im Jahr 1948. Und diese Gruppe wurde dann im April 1949 verhaftet und nahezu alle Sozialdemokraten dieser Zeit wurden verurteilt zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und damit vielfältigen Qualen unterzogen. Auch da: Lernt doch endlich die Geschichte. Mit den Kommunisten kann man nicht gemeinsam Politik gestalten, weil sie nicht die Hand reichen, sondern, weil sie einem am Ende die Hand abhacken und weil sie am Ende Demokratie und Freiheit zerstören wollen. Deshalb sollte die SPD, ob in Thüringen oder in Deutschland endlich diese Liaison – mal Union, mal PDS oder auch Linkspartei sein lassen, sondern sollte sich wieder zu dem bekennen, was in ihrer Wurzel begründet ist: Eine ehrliche und glaubwürdige Sozialdemokratie, die der Freiheit und der Demokratie verpflichtet ist.

Ich bin Herrn Professor Dr. Veen der Stiftung Ettersberg sehr dankbar, die die Geschichte des Totalitarismus des letzten Jahrhunderts aufarbeitet und durch Veranstaltungen deutlich macht. Ich bin unserem Grenzmuseum sehr dankbar. Ich freue mich besonders über dieses große Engagement um den Point Alpha. Wir werden auch mit den Hessen gemeinsam für eine gute Zukunft sorgen. Und deshalb setzen wir uns auch weiter für Aufarbeitung ein. Wir waren es, die dafür gearbeitet haben, dass endlich die Opferpension auf den Weg gebracht wird. Sie kann nicht wieder gut machen, aber sie soll deutlich machen, dass für uns die Opfer im Mittelpunkt stehen und nicht die ewige Täterdiskussion geführt wird.

Und wir können als Thüringer, als Union an dieser Stelle sehr stolz sein, denn den Prozess, den die CDU/CSU-Bundestagesfraktion zur Verlängerung der Stasi-Unterlagen-Gesetzes angestoßen hat, haben wir als Land ganz entscheidend vorangebracht. Es ist wichtig, dass die Geschichte weiter aufgearbeitet wird, weil viele Menschen in dieser Geschichte schwer beschädigt wurden und ihrer Lebensperspektiven beraubt wurden.

Durch ihre Aufarbeitung bleibt die Geschichte präsent. Und das muss sie – für unsere Kinder und Kindeskiner. Wir haben gelernt, dass es auch darauf ankommt, wie die Geschichte geschrieben wird, denn wir kommen aus einer Diktatur und haben erlebt, dass, wenn Geschichte falsch geschrieben wird, auch falsche Bilder vermittelt und falsche Entscheidungen getroffen werden. Wissen zu vermitteln, heißt auch, die Geschichte aufzuarbeiten, sowohl die Geschichte der NS-Vergangenheit als auch die Geschichte des Kommunismus, die wir alle miteinander bis 1989 selbst ertragen haben. Deshalb bitte ich, dass wir auch weiter bei aller aktuellen Gestaltungsaufgabe, diese Verantwortung weiter übernehmen, Geschichte aufzuarbeiten, damit wir ein demokratisches und freies Land bleiben und nie wieder die von Gestern Verantwortung übernehmen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Wir sind – und das kann man hier in Saalfeld, im Landkreis und in Thüringen erkennen – nicht nur ein junges Land, sondern ein traditionsreiches Land. Wir haben es geschafft, gemeinsam mit der Solidarität ganz Deutschlands, dieses Land aufzubauen. Und wir sind auch die einzige Partei, die an der Auffassung „Solidarität ist wichtig“, nie gezweifelt hat.

Die SPD leistet sich solche Debatten regelmäßig, ob es noch gut ist, Solidarität zu leisten. Erinnern Sie sich an die Frau Kraft aus Nordrhein-Westfalen. Wir haben an dieser Stelle immer als Union unter Helmut Kohl und auch als Union unter Angela Merkel klar gemacht, der Aufbau muss gestärkt werden.

Und wenn man heute unser Verhältnis in Deutschland und Europa sieht, wird auch deutlich, dass daraus Verbindungen geschaffen werden: unser gutes Verhältnis zu Kleinpolen, unser gutes Verhältnis nach Frankreich und in viele andere Nachbarländer. Und auch daraus wird Wirtschaftskraft entwickelt.

Und wir sind auch das Land, das inzwischen bei der Frage Wirtschaft und Energie leidenschaftlich vorangeht. Über 10 Prozent unserer Energie wird inzwischen aus erneuerbaren Energien gewonnen. Das ist eine Technologieherausforderung, die wir annehmen, aber auch eine Wirtschaftschance, die wir nutzen. Und wir haben schöne natürliche Gegebenheiten, die einen hohen Anziehungswert ausmachen. Der Bürgermeister hat es gesagt, alleine hier das Schwarzatal, der Übergang zum Thüringer Wald, ist eine wunderbare anziehende Region. Wir haben besondere Highlights, die das auch nach außen vermitteln. Ich erinnere an unsere sportlichen Qualitäten und die Erfolge, die wir in den letzten Jahren im Besonderen im Wintersport erzielt haben. Natürlich ist der Strukturwandel

noch nicht abgeschlossen. Und ich behaupte, der Strukturwandel wird in Zukunft immer fortgesetzt werden, nicht nur in Thüringen, in Deutschland, in Europa, weil die Globalisierung weitergeht. Es steht nicht fest, wohin sich unser Land in fünf oder zehn Jahren konkret entwickeln wird. Aber eines steht fest, wenn wir mit einem guten Grundsatzprogramm uns selbst vergewissern auf welchem Boden wir stehen, unsere Werte auch vermitteln können und wenn wir daraus weiter die Kraft gewinnen, unsere tagtäglichen Entscheidungen zu fällen – nicht im Zeitgeist, rotierend um die eigene Achse, sondern auf festem Boden stehend mit klaren Orientierungen – dann liebe Freunde, wird nicht nur Thüringen diese Attraktivität weiter ausgestalten und anziehend bleiben und noch anziehender werden, sondern dann wird auch Deutschland insgesamt eine gute Zukunft schreiben.

Dann werden wir auch gemeinsam 2009 große Wahlerfolge feiern, wenn wir uns vertrauen, wenn wir loyal zusammenhalten und auch in der Geschlossenheit uns selbst und den Wählerinnen und Wählern gegenüberstehen. Und deshalb freue ich mich auf das Ergebnis des heutigen Inhaltsparteitages, weil es ein wichtiger Meilenstein für den Erfolg 2009 sein wird. Denn ich will auch nach 2009 mit Ihnen gemeinsam in diesem Land Verantwortung tragen und als Ministerpräsident für dieses Land arbeiten.

Vielen Dank.